

Eine Ohrmarke oder einen Chip für die Arbeitssuchenden?

Über 13 000 Arbeitssuchende gibt es in Luxemburg. Die Lage ist nicht nur alarmierend, sie wird zusehends auch unübersichtlicher. Das Arbeitsamt verwaltet diesen immensen Haufen an Einzelschicksalen im Rahmen seiner Möglichkeiten, riskiert aber zunehmend die Übersicht zu verlieren. Was sollen wir tun. Guter Rat ist natürlich teuer, und wir sollen doch alle und überall sparen, sagt uns die Politik.

Der gut organisierte und freie Arbeitsmarkt schafft zudem auch noch immer neue, weitere Arbeitsplätze und belastet damit zusätzlich eine geordnete Klassifizierung von solchen Menschen die arbeiten könnten, solchen die arbeiten wollen, aber nicht gut können, und solchen die nicht wollen. Folgerichtig tut man also keinem dieser Menschen so richtig trauen, es gibt doch Arbeitsplätze im Überfluss. Dass sie sich nicht gegen die arbeitswilligen 150 000 Menschen, die als Grenzgänger bei uns arbeiten durchsetzen können, macht die ganze Sache noch suspekter.

Die Politik macht sich so seine Gedanken und hat herausgefunden dass von diesen über 13 000 Menschen, gut 3000 doch arbeiten. Aber irgendwie nicht richtig, denn die Arbeitsstellen erfordern keine Arbeitsleistung von den Menschen sondern dienen dem Zweck ihrer "Beschäftigung". Eine grosse Spielwiese also für Menschen die arbeiten könnten, nicht wollen oder nicht gut können.

Diese grosse Spielwiese der "Beschäftigung", die die Allgemeinheit allerdings nur kostet, soll jetzt mal unter die Lupe genommen werden. 10 000 Menschen durchzufüttern fürs Nichtstun, das steht unserer Solidargemeinschaft gut zu Gesicht und gibt der Politik ein humanes Antlitz. Die 3 000 Beschäftigten aber scheinen der Politik ein Dorn im Auge zu sein, denn man geht davon aus dass diese Menschen regelrechte Profiteure unseres Gemeinwesens sind.

Man schlägt also vor, diese Menschen ausfindig zu machen und sie aus der "Beschäftigung" heraus in richtige Arbeit zu bringen! Oder sie wieder mit den anderen 10 000 durchzufüttern.

Wie man das anstellen will?

Die Spielwiese der "Beschäftigung" ist gross und unübersichtlich. Das Arbeitsamt verwaltet sowieso alle 250 000 Menschen die auf unserem Arbeits- und Beschäftigungsmarkt tätig sind und da unsere moderne Gesellschaft verlangt dass Arbeitnehmer heute viel öfter die Arbeitsstelle wechseln, ist der Auftrag die 3 000 Beschäftigten, der "Beschäftigung" wegen, ausfindig zu machen noch vorstellbar. Sie aber daran zu hindern immerhin weiter Beschäftigt zu bleiben, ein Ding der Unmöglichkeit.

Gott sei Dank, gibt es aber auf dieser grossen Wiese noch selbsternannte Verwalter dieser 3 000 beschäftigten Menschen. Diese Verwalter, oder Beschäftigungsinitiativen, haben den Auftrag sich neue, sinnvolle und für die Gesellschaft wichtige "Beschäftigungen" auszudenken und dafür zu sorgen dass diese von den Beschäftigten ausgeführt werden.

Die Ställe, die zu einer Wiese gehören, sollten aber periodisch ausgemistet werden, so jetzt die Anforderung der Politik an die Stallhalter. Schliesslich kommt sehr viel Geld für die Stallhalter und die Beschäftigten vom Staat, der Allgemeinheit also. Damit nicht genug. Man will als Finanzierer und Verbraucher der erbrachten Leistungen dieser Beschäftigten, auch einen ordentlichen Verbraucherschutz. Es kann also nicht sein dass Beschäftigung, als Krankheitsbild, zu einer chronischen Krankheit ausartet und womöglich noch die Gefahr der Ansteckung in sich birgt. Die Stallhalter und Beschäftigten leben nämlich mit uns und mitten unter uns.

Um diesem Verbraucherschutz gerecht zu werden schlägt die Politik vor dass man den auf diese Weise Beschäftigten kennzeichnen sollte. Man will wissen inwieweit er sich im Laufe seines Lebens von der Krankheit der Beschäftigung erholt und zu einem vollwertigen Arbeiter werden kann, soll, will. Und, wer soll diese Aufgabe denn übernehmen wenn nicht der Staat selbst indem er dementsprechende Gesetze schafft und den Auftrag an die Stallhalter, die sich selbstopfernd um diese Beschäftigten kümmern, weiter gibt.

Nun haben die Stallhalter aber ein Problem. Die Beschäftigten sind freie Bürger und haben dieselben Rechte wie andere Bürger, auch in Bezug auf das Recht auf Arbeit und den Datenschutz. Und sie können ihr Leben und ihren beruflichen Werdegang selbst bestimmen. Wenn die Beschäftigten also ihren Arbeitsplatz wechseln wollen, dann tun sie's! Ohne unter Beobachtung geraten zu müssen. Ob sie krank sind oder gesund tut nichts zur Sache. Und weiter einer "Beschäftigung" nachgehen zu wollen dürfte sie auch nicht zu Kranken stempeln. Wir alle hoffen insgeheim fit und flott zu sein, egal welche Tätigkeit es uns möglich oder erlaubt ist, zu leisten. .

Es ist schon eine verdammte Zwickmühle in die wir uns da hineinsteigert haben. Um diesem Ganzen noch Herr zu werden schlägt OPE vor, entweder, die Arbeitssuchenden oder Beschäftigten mittels einer Ohrmarke oder eines Chip, das ist diskreter, zu kennzeichnen. Wir könnten sie so effizienter bei dem Versuch erwischen wieder und wieder einer "Beschäftigung" nachgehen zu wollen.

Oder aber, Beschäftigung müssen wir gleichsetzen mit regulärer Arbeit. Wir hätten dann 3000 versteckte Arbeitslose weniger und neue zukunftsweisende Arbeitsmärkte könnten auf- und ausgebaut werden. Perfekt könnte das System dann werden wenn wir die anderen Arbeitnehmer der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand mit einem Label versehen würden das ihnen bescheinigt rundum gesund zu sein und dass ihre Arbeitsmoral untadelig ist.

OPE plädiert dafür diese traurige Geschichte zu beenden. Die sich in der Vorbereitung befindliche diesbezügliche Gesetzgebung zu vergessen, und zusammen an besseren Entwürfen zu arbeiten.